

und konstruktive Haltung“ zu zeigen. Weiter wird die Notwendigkeit einer intensiven Friedenserziehung und einer intensiveren öffentlichen Bewußtseinsbildung in dieser Frage betont.

Dieser Kongreß wie die zunehmenden Proteste gegen den französischen Waffenhandel unter den Christen

## Kirchen Südafrikas in Bedrängnis

In der ersten offiziellen Pressekonferenz seit seinem Amtsantritt im Jahre 1966 nahm der südafrikanische Ministerpräsident *J. B. Vorster* am 30. März 1971 vor über hundert Journalisten zu Vorgängen Stellung, die das Verhältnis zwischen den Kirchen und dem Staat immer stärker belasten. Eine seit Anfang des Jahres sich verstärkende Welle von Verhaftungen, Ausweisungen und Durchsuchungen von kirchlichen Führungskräften und Institutionen deutet auf eine besorgniserregende Entwicklung hin. Doch der Ministerpräsident weiß angeblich „von einer Konfrontation zwischen Staat und Kirche . . . nichts“. Die von ihm angeforderten Statistiken besagten, daß in den Kirchen in der Republik Südafrika etwa 1440 ausländische Mitarbeiter tätig seien. Nur sechs davon seien in den letzten zehn Jahren deportiert worden, während man für siebzehn eine Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung und für zwei ein Rückreisevisum abgelehnt habe. Deshalb könne von einer „Blutrache“ gegen Kirchen oder Pfarrer wohl kaum die Rede sein. Allerdings werde man auch in Zukunft gegen all die vorgehen, die „unter kirchlichem Deckmantel“ in das Land gekommen seien, aber „tatsächlich andere Zwecke“ verfolgten. Wer lediglich das Evangelium predige, werde niemals verfolgt (epd, 31. 3. 71).

Mit dieser Presseerklärung trug der Ministerpräsident kaum zu einer Klärung bei. Nicht einmal Verwirrung konnte er damit stiften, denn die Fakten machten die Brüchigkeit seiner Argumente deutlich genug. Wenn Vorster früher bereits höhere Zahlenangaben über Deportationen und ähnliche Maßnahmen machte, so liegt dies wohl daran, daß er diesmal alle Maßnahmen gegen südafrikanische Geistliche und Kirchenmitarbeiter einfach ausließ und sich lediglich auf Angaben über ausländische Kräfte

Frankreichs sind ein weiteres Anzeichen für die *wachsende Sensibilisierung vieler Christen für die politische Dimension des Glaubens* und die Frage des Verhältnisses von Glauben und Politik, ein Prozeß, der die Möglichkeit eines späteren Konfliktes zwischen Kirche und Staat nicht auszuschließen scheint.

beschränkte. Aber selbst dabei machte er den Tatsachen widersprechende Aussagen. So sind laut „Time“ (22. 3. 71) allein zwischen dem 1. Februar und Mitte März zwölf ausländische Geistliche ausgewiesen worden. „NC News Service“ (9. 3. 71) nennt für die ersten zwei Monate des Jahres „mindestens fünfzehn Geistliche und Kirchenmitarbeiter, die ausgewiesen wurden oder deren Einreise man verweigerte“. Schon die namentlich bekanntgewordenen Ausgewiesenen der letzten Wochen übertreffen die Zahlenangaben Vorsters bei weitem.

### Ursachen der Verschärfung

Anlaß für alle Maßnahmen der letzten Zeit war die Apartheid-Politik der Regierung. Die Verhafteten und Ausgewiesenen hatten ausnahmslos in irgendeiner Weise Stellung gegen diese Rassenpolitik bezogen. Sie stammen aus den verschiedensten Religionsgemeinschaften und Denominationen, so daß man nicht sagen kann, der Angriff der Regierung richte sich besonders gegen bestimmte Gemeinschaften. Unter den ausgewiesenen Geistlichen ist jedoch eine starke nordamerikanische Gruppe. Wenn Maßnahmen dieser Art auch nicht neu sind, so läßt die Häufung und Androhung weiterer Einschränkungen nach Gründen dafür fragen. An erster Stelle muß hier wohl die Entscheidung des Weltkirchenrates für ein Antirassismusprogramm gesehen werden. Die südafrikanische Regierung sah darin eine Ermunterung und Unterstützung einiger gegen Südafrika gerichteter Organisationen und verlangte deshalb von den südafrikanischen Mitgliedskirchen des Weltrates ein Ausscheiden aus dieser Organisation. Dieser Forderung kamen die Kirchen nicht nach, distanzieren sich aber unter starkem Druck der Regierung von der Aktion des Öku-

menischen Rates der Kirchen. Die drei großen reformierten Kirchen Südafrikas, die aus ihrer Unterstützung der Apartheid-Politik kein Hehl machen, sind ohnehin nicht Mitglieder des Rates. Zweitens fühlte sich die Regierung durch Äußerungen des Erzbischofs von Canterbury, *A. M. Ramsey*, während und nach seinem Südafrika-Besuch herausgefordert, mit denen er die Apartheid brandmarkte und zu ihrer Bekämpfung aufrief.

Prominenteste Opfer der darauf folgenden Kampagne waren der schwarze anglikanische Bischof von Zululand, *A. Zulu*, einer der Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen, und der anglikanische Dekan von Johannesburg, *G. Ffrench-Beytagh*. Ihnen wurde Verstoß gegen das Gesetz über Aufenthaltsgenehmigungen für Afrikaner bzw. Zusammenarbeit mit kommunistischen Organisationen und afrikanischen Freiheitsbewegungen vorgeworfen. Durch eine Reihe von *Sondergesetzen* („Sicherheitsgesetze“, „Banning Orders“) hat sich die Regierung mittlerweile ein Mittel geschaffen, um oppositionelle Kräfte ohne Gerichtsverfahren bzw. Haftbefehl teilweise bis zu 180 Tage festzuhalten bzw. unter Arrest zu stellen (vgl. FAZ 31. 3. 71). Davon sind hauptsächlich die schwarzen Einwohner betroffen, während man die weißen Opponenten der Rassenpolitik einfach des Landes verweist, so z. B. Ende März den katholischen Pater *C. Paulsen*, einen amerikanischen Psychologiedozenten sowie drei Mitarbeiter des ökumenischen „Christlichen Instituts“.

Im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Ffrench-Beytagh kam es zudem zu *Haussuchungen* bei ca. 25 kirchlichen Organisationen, wobei eine Menge Unterlagen und Dokumente beschlagnahmt wurden. Der Generalsekretär des Weltkirchenrates, *E. C. Blake*, sprach von einem „schwarzen Tag für eine Regierung, wenn sie im Gegensatz zu den von ihr selbst verkündeten christlichen Grundsätzen eine Politik der Belästigung und Einschüchterung gegenüber Kirchen inszeniert, die sich erklärtermaßen für die Versöhnung einsetzen“ (öpd, April 71). Ähnlich äußerte sich *L. G. Murray*, Mitglied des südafrikanischen Parlaments, der der Regierung vorwarf, sie „säe in die öffentliche Meinung Verdächtigungen über die Aktivitäten ausländischer Kirchenar-

beiter, um die alte Geschichte erneut aufzuwärmen, die Kirchen seien kommunistisch infiltriert“ (NC News Service, 4. 3. 71).

### *Eingriff in die Seelsorge*

Direkte Eingriffe in die Seelsorge, die man nur noch als *Schikane* bezeichnen kann, wurden von der Insel Robben bekannt. Dort sind die meisten der schwarzen politischen Häftlinge untergebracht. Ende März verbot die dortige Gefängnisverwaltung katholischen und anglikanischen Geistlichen plötzlich, Messen für die Inhaftierten zu lesen. Zur Begründung griff man auf ein altes, bisher nie in diesem Zusammenhang berücksichtigtes Gesetz zurück, das alkoholische Getränke im Gefängnis untersagt. Den Geistlichen wurde nach einer Durchsuchung der Wein abgenommen, später beschlagnahmte man auch direkt vom Altar den Meßwein und untersagte weitere Gottesdienste (DIA, 30. 3. 71).

Mit dieser *Ausweitung der Aktionen* dürfte endgültig klar geworden sein, daß die Regierung nicht nur gegen solche vorgeht, die „unter falschen Voraussetzungen“ in das Land gekommen sind. Mit diesem Schritt beendeten die Behörden auch ihre bis dahin einigermaßen erfolgreiche Taktik, nur Einzelne und bestimmte Institutionen anzugreifen. Damit hatte man immer noch einigermaßen den Ruf als „christliche Nation“ erhalten können, die sich eben nur gegen „extreme Einzelgänger ohne spezifisch christliche Aufgaben und Ansichten“ wandte. Geschickt machte erst kürzlich der Chef der Sicherheitspolizei, *P. J. Venter*, darauf aufmerksam, daß man von einer Kampagne „gegen die Kirchen“ doch überhaupt nicht sprechen könne, solange nur einzelne Kirchenmitglieder verfolgt würden. Diese Art der Unterdrückung erwies sich zunächst auch insofern als erfolgreich für die Regierung, als eine umfassende Solidarisierung der christlichen Kirchen nicht zustande kam.

### *Engere Zusammenarbeit der Kirchen*

Erst unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse und nach ernsthaften Bemühungen verschiedener Seiten scheint sich jetzt eine Wende anzubahnen. Vorläufer der nun angestrebten engen Zusammenarbeit aller

christlichen Kirchen und eines gemeinsamen Auftretens gegenüber der Regierung waren das ökumenische „Christliche Institut“ und die ebenfalls interkonfessionelle und rassenunabhängige „Christliche Studentenbewegung“. Das Institut hat es sich erklärtermaßen zum Ziel gesetzt, „alle Formen des Rassismus zu bekämpfen und beim Aufbau einer gerechteren und humaneren Gesellschaft mitzuwirken“. Besonders in den beiden Büros in Johannesburg und Kapstadt versucht man, durch Studium und Diskussion der Problematik sowie durch Publikationen und kleine interkonfessionelle und allen Rassen geöffnete Bibelstudiengruppen sowie durch Hilfsprojekte die Apartheid auszuschalten. Dabei bewegt man sich ständig auf der Grenzlinie zwischen erlaubten und unerlaubten Aktivitäten. Der Direktor des Instituts, *C. F. Beyers-Naude*, machte die Schwierigkeiten kürzlich deutlich, als er darauf hinwies, daß in den Augen der meisten weißen Südafrikaner das Institut zu radikal sei, während es außerhalb des Landes als zu konservativ, zu wenig aktiv und als zu sehr etabliert angesehen werde (NC News Service, 9. 3. 71). Damit sei man aber einerseits der Gefahr eines Verbotes durch die Behörden, andererseits einer Beendigung der finanziellen Unterstützung (besonders seitens der Kirchen in Holland und Deutschland) ausgesetzt.

Nach Ansicht des Verwaltungsdirektors, *J. de Bruijn*, beweist allerdings „die Tatsache, daß der Ministerpräsident es für nötig hielt, das Christliche Institut und Dr. Beyers-Naude im Parlament anzugreifen“, die Effektivität des Institutes.

Wirklichen Eindruck auf die Regierung dürfte aber erst eine *engere Zusammenarbeit aller christlichen Kirchen* bringen. *Beyers-Naude* und der Vorsitzende der katholischen Kommission „*Justitia et Pax*“, *R. Lailvauxh* (Durban), gaben fast zur gleichen Zeit wichtige Anstöße. Der erste beklagte, daß die mehr als zehnjährigen Bemühungen um eine Vereinigung aller christlichen Kräfte Südafrikas erst jetzt unter dem direkten Einfluß „religiöser Verfolgung“ fruchtbar würden: „Es waren... Deportationen von Geistlichen und kirchlichen Mitarbeitern, der Entzug von Pässen und Razzien auf geachtete kirchliche Körperschaften wie individuelle Kirchenvertreter notwendig, um die Wahrheit einzuhämmern,

daß jetzt — wenn überhaupt — der Zeitpunkt gekommen ist, um sich zusammenzuschließen.“ Einer gemeinsamen Bedrohung des christlichen Zeugnisses für Gerechtigkeit, Versöhnung und Frieden müsse mit einer gemeinsamen Front begegnet werden. Toleranz seitens der Regierung könne man nicht mehr erwarten (nach „Süddeutsche Zeitung“, 5. 3. 71). Deshalb schlug er eine „*nationale Konferenz für Frieden und Gerechtigkeit*“ vor, die über das Problem „religiöser Verfolgung“ hinaus sich auch mit den Millionen Menschen beschäftigen müsse, die als Resultat „unserer ungerechten Politik und der institutionalisierten Gewalt leiden“. Der Bund der evangelisch-lutherischen Kirchen in Südafrika (FELSCA) plant mit ähnlicher Zielsetzung für Oktober eine Konferenz über die Menschenrechte (öpd, April 71).

*R. Lailvauxh* schickte Telegramme an die Kirchenleitungen der Anglikaner, Kongregationalisten, Lutheraner, Methodisten, Presbyterianer und Katholiken mit dem Aufruf, „in der derzeitigen Krise“ den Christen des Landes eine gemeinsame Leitung zu geben (epd, 13. 3. 71). Vorgespräche mit Repräsentanten der verschiedensten Religionsgemeinschaften hatte Ende Februar bereits der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, *Dr. A. Appel*, während eines Besuches geführt. Dabei kam er zu dem Ergebnis, daß die Umstände es immer schwerer machten, als Christ in Südafrika zu leben. Im übrigen seien die Kirchen leider noch weit von einem gemeinsamen Verständnis ihrer Rolle in der Gesellschaft entfernt.

### *Vorbereitung des Meinungsaustausches*

Alle Initiativen zu Gesprächen und gemeinsamer Arbeit sind besonders im Hinblick auf eine *geplante Konsultation* zwischen dem südafrikanischen Kirchenrat und dem Ökumenischen Rat über das Antirassismus-Programm von Bedeutung. Seit langem hatten die Kirchenvertreter Südafrikas einen Meinungsaustausch gefordert. Zunächst hatte man angenommen, die südafrikanische Regierung werde dem Wunsch der Kirchen nach einem Dialog nicht nachkommen. Doch dann kam völlig überraschend am 8. März eine Erklärung des Ministerpräsidenten, er halte es für erwägenswert, einer Delegation

des Ökumenischen Rates der Kirchen die Einreise zu einer Konsultation zu gestatten (epd, 8. 3. 71). Kurz darauf traf auch eine offizielle Einladung von kirchlicher Seite in Genf ein. Termine sind zwar noch nicht bekannt, doch bereitet man sich bereits intensiv auf die Gespräche vor. Teilweise begegnet man dem scheinbaren Nachgeben Vorsters allerdings auch mit großer Skepsis, da man es für einen „politischen Schachzug“ gerade im Hinblick auf kommende Wahlen in Südafrika hält.

Bei den Gesprächen dürften auch die vom Weltkirchenrat Ende März empfohlenen *Boykottmaßnahmen* gegenüber Südafrika (keine Militärbündnisse, keine Waffenlieferung, keine Einwanderung, keine Touristenreisen, keine Investitionen) behandelt werden, die im übrigen fast parallel zu ähnlichen Aufrufen *U Thants* liefen (NC News Service, 23. 3. 71). Maßnahmen dieser Art haben bisher selten zu Erfolg geführt. „The Tablet“ (6. 3. 71) räumte den Ausführungen des amerikanischen Diplomaten und Historikers *G. Kennan* (in „Foreign Affairs“) unter der Überschrift „Das ungeliebte Land“ viel Platz ein, in denen er zwar eine weltweite Verurteilung des Verhaltens der südafrikanischen Regierung vorschlägt, vor Boykott und Isolierung jedoch warnt, da die schwarze Bevölkerung am schlimmsten darunter

zu leiden hätte. Im übrigen glaubt er, daß „Apartheid von großer nationaler Introvertiertheit stamme“. Eine ähnliche Standortbestimmung und zusätzliche *theologische Erarbeitung* des gesamten Fragenkomplexes erscheint vor jeder Zusammenarbeit der Kirchen als notwendig. So müßten die „Zusammenhänge zwischen der burisch-angelsächsischen Rassenideologie und einer bestimmten theologischen Richtung“ mit einem „biblistischen Schriftverständnis“ (vgl. Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 204) herausgearbeitet werden. Dabei würde man nach Meinung des schwedischen Bischofs *H. Fosseus* (Uppsala) auf das eigentliche Problem der Kirchen Südafrikas stoßen, das darin besteht, daß „viele ihrer Mitglieder nicht erkennen, wie dort gegen die christliche Ethik verstoßen wird“. Die Rassendiskriminierung sei „eine verkappte Form ökonomischer Gier und politischen Herrschaftstrebens der Wenigen über die Vielen“ (LWB-Pressedienst, 25. 3. 71). Die allzu lange Untätigkeit und das Schweigen der Kirchen führte mittlerweile zur Begründung einer „Schwarzen Theologie“ in Südafrika, die sich gegen eine personelle, besonders aber eine theologische Bevormundung der schwarzen Kirchenmitglieder durch weiße wendet und eine radikale Änderung erstrebt. Die Zusammenarbeit erscheint immer dringender.

## *Vietnam-Appell christlicher Zeitungen in den USA*

Während die Vereinigten Staaten nach dem Urteil gegen den Oberleutnant *W. Calley* einen unerwartet heftigen Prozeß der Rechtfertigung und Suche nach den wahrhaft Schuldigen, der Diskussionen und Selbstanklagen, aber auch des patriotischen Zusammenschlusses durchmachen, verstärken kirchliche Gruppen ihre Bemühungen nicht nur um eine Beendigung des Vietnamkrieges, sondern auch um eine Art nationaler Gewissenserforschung und Umkehr.

Den bisher aufsehenerregendsten Beitrag leisteten vier überregionale christliche Zeitungen mit einem von ihnen veröffentlichten *gemeinsamen Leitartikel*. „The National Catholic Reporter“ und „The Commonweal“ auf katholischer sowie „The Christian Century“ und „Christianity and Crisis“ auf evangelischer Seite

riefen in dem zur Karwoche 1971 verbreiteten „Appell zur Buße und Aktion“ ihre rund 150 000 Leser zum Engagement für den Frieden in Vietnam auf. Mit diesem Aufruf wurde gleichzeitig die Aktion „Karwochen-Zeugnis gegen den Krieg“ eingeleitet, die gemeinsam von Klerikern und Laien aus katholischen und evangelischen Vietnam-Komitees, Mitgliedern ähnlicher Organisationen der Episkopalkirche und der Quäker sowie dem „Berrigan-Verteidigungs-Komitee“ getragen wurde.

In einer ungewöhnlich scharfen Sprache klagen die Zeitungen die Regierung der USA an. Zu lange hätten die Christen geschwiegen. Auch am diesjährigen Karfreitag schrien ungezählte Menschen in Indochina wieder ihr „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlas-

sen?“. Besonders in diesem Jahr erhöhen sich Millionen Stimmen in aller Welt, die Klage führten über „Unterdrückung durch unsere Regierung, unsere Wirtschaft und unsere Streitkräfte. Besonders in Südostasien wiederholt die amerikanische Militärmacht die Kreuzigung Christi.“ Man solle den Autoren keine Verwechslung von Politik und Religion vorwerfen. Es habe auch auf Golgatha keine klare Trennung von beiden gegeben. Bei aller Berücksichtigung von verständlichen Vorbehalten und unterschiedlicher Auffassung gerade im Bereich moralischer Entscheidungen müsse man doch jetzt in der zweiten Dekade des Vietnamkrieges eine Bilanz ziehen und neue Wege überlegen. Man sei überzeugt, daß die amerikanischen Kirchen zu geduldig gegenüber der politischen Führung gewesen sind. „Wir Christen waren zu tolerant gegen die amerikanischen Machthaber und vergaßen zu leicht die ausländischen Opfer dieser Macht. Zu oft wurden wir mit Hilfe einer raffinierten politischen Maschinerie zur Erfolglosigkeit manipuliert.“

### *Zehn Anklagen*

Die Autoren halten die Zeit für gekommen, um „Herzen und Stimmen zu einer Anklage zu erheben, die selbst eine absichtlich schwerhörige Regierung nicht überhören kann“. Die zehn Anklagen gelten direkt den den beiden letzten Präsidenten und ihren Kabinetten, der politischen Führung der USA allgemein und der amerikanischen Bevölkerung insgesamt.

In der ersten Anklage wird das totale *Mißverhältnis zwischen Zielen und Mitteln* des Krieges in Vietnam herausgestellt. Dabei verschließe man die Augen vollkommen vor dem unermeßlichen menschlichen Leid. Die Autoren klagen zwei aufeinanderfolgende Regierungen an, sie hätten Politik so betrieben, als handle es sich um Bauernfängerei. Damit hätten sie die Öffentlichkeit so hinter Licht geführt, daß die meisten Bürger nun an der Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Regierung zweifelten. Die Regierung müsse ferner angeklagt werden, weil sie ein Agrarland vollkommen verwüsten ließ, indem sie es zuließ, daß zweieinhalbmal (bald dreimal) soviel Bomben abgeworfen wurden wie in Europa wäh-